

## Die politische Öffnung im Osten als Herausforderung an die Kirche

Europa, ja weite Teile unserer heutigen Welt befinden sich in einem Umbruch, der seinesgleichen in unserem Jahrhundert sucht. Die Veränderungen umfassen alle Lebensbereiche der Menschen im Osten. Die politischen Blöcke, die mehr als ein Menschenalter lang fast unbeweglich gegeneinander standen, befinden sich im Umbruch. Und auch die westliche Welt wird nachhaltig von diesen Veränderungen tangiert.

Die Veränderungen umfassen alle Lebensbereiche. Im besonderen Maße beeinflussen sie die Kirchen. Hatten sie vierzig oder auch siebzig Jahre damit leben müssen, daß ihre Arbeitsmöglichkeiten, ja ihre Existenz mehr und mehr eingeschränkt wurden, so sehen sie sich in einem unverhältnismäßig kurzen Zeitraum neuen, völlig ungewohnten Herausforderungen gegenüber. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung, der Verunglimpfung und der Unterwanderung finden sie sich nun im Licht einer Öffentlichkeit wieder, die Großes von ihnen erwartet. Ungezählte Menschen fragen wieder nach dem, was dem Leben Sinn gibt, und sie erwarten von den Kirchen wegweisende Antworten. Die Zahl derer, die den Dienst der Kirche bei Geburt, bei der Eheschließung und am Ende des Lebens verlangen, hat sich in einigen Regionen vervielfacht. Die Vielen, die die Brüchigkeit politischer Programme und ideologischer Vorgaben schmerzhaft erlebt haben, fragen nach Neuorientierung. Sie erwarten von ihren Kirchen, aber auch von uns, daß wir ihnen das Zeugnis von der Zuwendung Gottes in Jesus Christus erschließen.

Damit stehen die Kirchen des Ostens und des Westens vor großen Herausforderungen.

### *1. Wo befindet sich Osteuropa?*

Im Alltag, in der Literatur, in der Politik, aber auch in verschiedenen Sprachen wird das Wort Osteuropa mit höchst unterschiedlichen Bedeutungen benutzt. Die Räume, die als Osteuropa bezeichnet werden, können völlig voneinander getrennt sein. Für den einen ist etwa Polen ein Land Osteuropas, das würde einem abendländischen Europabegriff entsprechen; andere hingegen betrachten Polen als ein mitteleuropäisches Land, so daß

Osteuropa erst jenseits des nördlichen Bugs beginnt. Ein dritter Osteuropabegriff bezieht sich auf das Land von der Elbe bis zum Ural, schließt jedoch Griechenland und die Türkei nicht ein. Schließlich unterscheidet ein vierter Osteuropabegriff das slawische Osteuropa vom romano-germanischen Europa. Mit dieser räumlichen Scheidung des einen Osteuropa vom anderen Osteuropa werden verschiedene inhaltliche Vorstellungen verbunden.

Hinter der Frage, wo sich Osteuropa befinde, verbergen sich zwei Probleme. Zunächst das des geographischen Raumes, der als Osteuropa bezeichnet wird. Sodann geht es um eine hinreichende Bestimmung des geschichtlichen Entwicklungsstadiums, des politischen, der sozioökonomischen und kulturellen Situation in diesem Raum. Weil mit dem Begriff Osteuropa immer auch bestimmte kulturhistorische und politische Inhalte mitgeteilt wurden, schwangen in dem Begriff immer auch positive und negative Wertungen mit. Das zeigt sich beispielsweise daran, daß die Selbst- und Fremdbezeichnungen der europäischen Völker voneinander abweichen. Diejenigen, die von vielen Westeuropäern und Amerikanern als Osteuropäer bezeichnet werden, begreifen sich selbst oft nicht als Osteuropäer, sondern entweder als Mitteleuropäer oder als Europäer. Es dürfte nur wenige Menschen geben, die sich selbst Osteuropäer nennen oder meinen, in Osteuropa zu leben. Osteuropa hat offenbar eine eigene oder lediglich eine schwach entwickelte Identität.

Seit Mitte der achtziger Jahre ist der Osteuropabegriff wieder besonders undeutlich geworden und heftig umstritten. In der Gegenwart hat das Bedürfnis nach einer Einigung Europas und der Überwindung seiner Spaltung und Zersplitterung wieder starken Auftrieb erlangt. Stichworte für die neue historische Situation in Europa sind etwa der geplante Binnenmarkt im Westen, sowie die gesellschaftspolitischen Reformsätze im Osten und auch neue Impulse für die Ost-West-Entspannung und -Zusammenarbeit. Nun kann kein Zweifel daran bestehen, daß das Europa östlich der Elbe seit 1938 nicht nur oberflächlich durch die nationalsozialistische und dann durch die kommunistische Herrschaft fundamental umgestaltet wurde. Dennoch wurden die geschichtlich entstandenen älteren kulturellen, ethnisch-nationalen, sozialen und auch politischen Traditionen durch den Nationalsozialismus und den Kommunismus nicht völlig ausgelöscht.

Heute erhalten sie ein neues Gewicht. Weil der Ost-West-Konflikt nachgelassen hat und wir in eine Entspannungsperiode eingetreten sind, können regionale und nationale Interessen im östlichen Europa wieder stärker in den Vordergrund treten. Von grundlegender Bedeutung ist jedoch, daß die kommunistische Integrationsperspektive der Annäherung und dann der

Verschmelzung der Nationen im Verlauf weniger Jahrzehnte völlig ausgehöhlt wurde. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß auch die propagierte soziale Utopie der Überwindung des Widerspruches zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen Stadt und Land, zwischen ausführender und leitender Tätigkeit in immer offensichtlicheren Widerspruch zur Wirklichkeit geraten ist. Genauso ist auch die Perspektive der wachsenden Integration der Nationen und Völkerschaften in der Sowjetunion heute gänzlich unglaubwürdig geworden. Daß dieses Ziel nicht zu erreichen war, ist Einsichtigen schon länger deutlich geworden. Schon nach 1945 wurde das Ziel einer Vereinigung aller sozialistischen Republiken in der Sowjetunion nicht mehr nachhaltig verfochten. Es blieb bei dem Projekt einer hochgradigen sozialistischen Arbeitsteilung und einer sozialistischen Integration. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe sollte längerfristig eine übergreifende Gesamtplanung und Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften in die Wege leiten. Man hoffte, daß damit eine politische, militärische und dann auch kulturelle Integration eingeleitet werden könnte. Daneben sollte die Strategie des sozialistischen Internationalismus internationale Beziehungen eines neuen Typs schaffen, in denen das bürgerliche Verständnis der nationalstaatlichen Souveranität überwunden worden wäre. Nach sozialistischer Auffassung waren internationale und nationale Interessen harmonisch vereinbar. Im Konfliktfall würde der Vorrang den gemeinsamen internationalen Interessen zuerkannt werden. Im Zeichen des proletarischen Internationalismus wollten die Kommunisten die Völker auf eine neue multinationale Menschengemeinschaft mit einer einheitlichen sozialistischen Weltkultur hin erziehen. Die verschiedenen nationalsprachlichen Formen würden nur noch für eine begrenzte Zeit erforderlich sein. Schließlich würden die nationalen Unterschiede völlig überwunden werden und alle Menschen eine Weltsprache sprechen.

Die tatsächliche Entwicklung verlief anders. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt konnte ein verstärktes Nationalbewußtsein registriert werden, das sich immer schärfer darauf verstand, die national imperialen Ausdrucksformen des proletarischen und sozialistischen Internationalismus zu kritisieren. Dabei hatte die Kritik zwei unterschiedliche Formen: Die antikomunistische Kritik begriff den proletarischen Internationalismus als eine spezifische Ausdrucksform russischen oder sowjetischen Nationalismus kommunistischer Herrschaftseliten. Die andere Form der Kritik versuchte, Sozialismus und Nationalismus in einer neuen Weise als nationalkommunistische Form zu verbinden. Daß heute nationalistische Forderungen und Parolen so populär sind, läßt sich nur auf dem Hintergrund der jahrzehntelangen Vorherrschaft eines ideologischen Internationalismus im östlichen

Europa verstehen. So erleben wir heute im Osten und im Westen eine ganz unterschiedliche Bewertung des Nationalismus. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Nationalismus klingt in Westeuropa immer noch mehr nach Chaos, das nach ordnender supranationaler Integration verlangt, während in Osteuropa Nationalismus eher Freiheit anstelle von unterjochender, integrativer Ordnung im Zeichen des sozialistischen Internationalismus verspricht. Dabei ist der neue Nationalismus in Osteuropa nicht einfach historisch rückständig. An die Stelle der in die Brüche geratenen universalen sozialistischen Identität tritt die Suche nach einer neuen, und zwar partikularen Identität. Diese wird in Osteuropa vor allem als nationale, teilweise aber auch als europäische oder mitteleuropäische definiert. So wird die nationale Renaissance als Verteidigung nationaler Kultur gegenüber jahrzehntelanger totalitärer russischer Zivilisation verstanden.<sup>1</sup>

Gegenwärtig muß gelten, daß der Prozeß der Nationalstaatenbildung östlich der Elbe noch nicht abgeschlossen ist, und zwar in doppelter Hinsicht: Zwar erfolgte in und nach dem Zweiten Weltkrieg eine blutig grausame Begradigung ethnischer Siedlungsgebiete in Osteuropa durch Massenvernichtung, Vertreibung und Flucht. Dennoch leben die Völker immer noch zum Teil in räumlicher Überschneidung, so daß in jedem Nationalstaat kleinere oder größere nationale Minderheiten existieren, die sich kaum als vollwertige Bürger in ihrem Staat empfinden können. De facto beschränkt sich die Volkssouveränität auf eine bestimmte ethnische Gruppe. Eine friedliche und demokratische Zukunft Osteuropas kann deshalb nicht im Nationalstaat, sondern nur im Nationalitätenstaat liegen. In Osteuropa ist im Großen und Ganzen der kommunistische Internationalismus genauso gescheitert wie der vordemokratische Reichskosmopolitismus. Er ist in der Konfrontation mit der die Vielvölkerstaaten sprengenden Kraft des Nationalismus gescheitert. Daher schien Vielen nicht länger das helle Licht der Zukunft aus dem Osten zu leuchten, sondern erneut die finstere Barbarei der Vergangenheit. Lange wurde der Westen als dekadent und dem Untergang geweiht wahrgenommen. Nun aber wurden die gesellschaftspolitischen Strukturen und die Entwicklungsdynamik des Westens erneut zum Orientierungspunkt für die Hoffnungen vieler Menschen im Osten. Vielen Osteuropäern erscheint die ältere Geschichte vor allem als eine Geschichte der Zeiten des friedlichen Zusammenlebens und der Vermischung der Nationalitäten in den Vielvölkerreichen. Damit ist die Vergangenheit nicht so sehr eine Geschichte der ethnischen Nationalitäten, sondern eher eine vielfältige europäische Geschichte, die sowohl aus gesamteuropäischen als auch aus spezifischen mittel- und osteuropäischen Komponenten besteht. Damit ist die Geschichte nicht in erster Linie eine

Geschichte der Staaten und der Reiche. Es geht um Kulturräume und Großregionen. Diese bedürfen einer neuen gesellschaftspolitischen Gestaltung im internationalistischen humanen und zivilen Sinn.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Das Stichwort „Osten“ erweist sich als die Kennzeichnung eines Raumes, in dem sehr unterschiedliche, zum Teil gegenläufige Vorstellungen wirksam geworden sind.

- a) Siebzig bzw. vierzig Jahre lang ist der Versuch unternommen worden, unter dem Gesichtspunkt des Internationalismus des Kommunismus eine übergreifende politische Gestalt für Osteuropa zu etablieren. Dieser Versuch muß als gescheitert angesehen werden.
- b) Die vom Kommunismus unterdrückte Nationalitätenfrage steht erneut im Vordergrund. An verschiedenen Orten besteht die Gefahr gewalttätiger und blutiger Nationalitätenkonflikte. Deswegen kann eine friedliche und demokratische Zukunft Osteuropas nur im Nationalitätenstaat liegen.
- c) Die Zeiten des friedlichen Zusammenlebens und der Vermischung der Nationalitäten in den Vielvölkerreichen der älteren Geschichte gewinnen erneut an Attraktivität. Dabei wird sich der Osten seiner gesamteuropäischen Geschichte bewußt. Er begreift sich als Teil eines übergreifenden Kulturraumes. Nicht wie bisher im Gegensatz, sondern im Austausch zwischen Ost und West müssen die Handlungsmodelle für die Zukunft gefunden werden.
- d) Dieser Prozeß ist in vollem Gange. Die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Kultur, aber auch in den Kirchen sind aufgefordert dabei ihren Beitrag zu leisten.

## 2. Die Kirchen

So ist also das Selbstverständnis der Osteuropäer durch die verschiedenen Phasen der Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt. Es ist unausweichlich, daß auch die Kirchen Osteuropas Anteil an dieser wechselvollen Geschichte hatten und zum Teil ihr Opfer geworden sind. In wenigen Zügen sei die Situation der Kirchen in Osteuropa im 20. Jahrhundert skizziert:

### Die Orthodoxe Kirche in der Sowjetunion

Zu den Ergebnissen bzw. „Errungenschaften“ der russischen Oktoberrevolution von 1917 wird die „Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche“ gezählt. So ist es im Dekret des Rates der Volks-

kommissare der RSFSR vom 23. 1. 1918 festgeschrieben worden. Auf diesem, von Lenin persönlich unterzeichneten Dekret bauen alle folgenden Verordnungen, Instruktionen und Ausführungsbestimmungen zur Regelung des Kultwesens in der Sowjetunion auf. Das Dekret regelt die Rechte und Pflichten der Kulte und hat insbesondere auch für die russisch-orthodoxe Kirche die Einschränkung ihrer Aktivitäten im Wesentlichen auf die Kultstätten gefordert. Schon am 4. 12. 1917 wurde der kirchliche Grundbesitz konfisziert, am 1. Januar 1928 wurden alle bisherigen Staatszuschüsse an die Kirchen eingestellt. Der Religionsunterricht an den Schulen wurde verboten. In § 12 wurden die Kirchen und Gemeinden ihrer Rechtspersönlichkeit und des Rechtes, Vermögen zu besitzen, verlustig erklärt. § 13 erklärte alle Vermögensobjekte der Kirchen zum Volkseigentum. Am 8. April 1929 erfolgte im „Gesetz betreffend die Religion“ eine Zusammenfassung aller einschlägigen Bestimmungen. Diese Regelungen blieben nahezu sechzig Jahre verbindlich. Die Kirchen in der Sowjetunion hatten sich als religiöse Gemeinschaften zu registrieren. Auf administrativem Weg hatte der Staat stets die Möglichkeit, von der er häufig Gebrauch machte, schwer in die inneren Verhältnisse der Kirchen einzugreifen.

Wie sehr die russisch-orthodoxe Kirche dadurch in ihrem Bestand in Frage gestellt wurde, wird an folgenden Zahlen deutlich: Hatte die russisch-orthodoxe Kirche noch vor der Revolution 54 174 Kirchen und 23 593 Kapellen, so waren es zwanzig Jahre später nurmehr rund 1 500 Kirchen. Während des „Großen Vaterländischen Krieges“ stieg diese Zahl erneut auf etwa 20 000 an, um in der Chruschtschow-Ära erneut drastisch abzusinken. Um die Kulte noch direkter im Griff zu haben, setzte die Regierung im Herbst 1943 einen „Rat für die Angelegenheiten der Orthodoxen Kirche“ und einen für die nichtorthodoxen Kultgemeinschaften ein. Damit war eine lückenlose Kontrolle der Kirchen von staatlicher Seite gewährleistet. Der Rat vermittelte den Kirchen die Richtlinien staatlicher Kirchenpolitik, nach denen sich Leben und Handeln der Gläubigen auszurichten hatten.

Härter noch als das Schicksal der russisch-orthodoxen Kirche war dasjenige der Evangelisch-lutherischen Kirche in Rußland. In den Jahren 1924 und 1929 war es möglich gewesen, eine Kirchenverfassung zu verabschieden und damit die Anerkennung seitens der UdSSR zu erlangen. Auch wurde es den Deutschen in der Sowjetunion Anfang der zwanziger Jahre gestattet, mit der Wolgarepublik eine eigene autonome Republik zu gründen. Dann allerdings begann in der Stalin-Ära eine grausame Leidenszeit: Die evangelisch-lutherische Kirche wurde vollständig zerschlagen, die Ausbildung von Pfarrern mußte eingestellt werden, viele Pfarrer wurden

eingesperrt, verschleppt, ermordet oder mußten sich ins Ausland retten. Diejenigen die sich als Christen zu erkennen gaben, waren schweren Benachteiligungen ausgesetzt. Nicht selten wurden auch sie gefangengesetzt, verschleppt oder auch umgebracht.

Ihre lutherische Kirche war schon von der Bildfläche verschwunden, als 1941 die Wolgarepublik aufgelöst wurde und die Rußlanddeutschen, unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen hinter den Ural, nach Sibirien, Kasachstan und die mittelasiatischen Republiken verschleppt wurden.

### Die Kirchen in den osteuropäischen Ländern

Wenden wir nun unseren Blick auf die verschiedenen Kirchen in den ost- und ostmitteleuropäischen Ländern wie Polen, Rumänien, Ungarn oder der Tschechoslowakei und Deutschland. Hier stoßen wir auf Kirchen, die in ihren Ländern höchst unterschiedliche historische Entwicklungen durchgemacht haben und jeweils unterschiedlich rechtlich verankert sind. Gemeinsam ereilte alle diese Kirchen nach 1945 das Schicksal, daß sie im Zug der politischen Umwälzungen aus dem öffentlichen Leben abgedrängt und in ihrer Wirksamkeit möglichst auf die Kulträume eingeschränkt wurden. Als die kommunistisch regierten Staaten dann daran gingen, das Verhältnis zu den Kirchen neu zu regeln, wurden jedoch erhebliche Unterschiede sichtbar. Es trifft also nicht zu, überall im Bereich der kommunistischen Machtentfaltung von den gleichen Verfolgungsmethoden zu sprechen und sich wahres Christentum nur im Untergrund oder als Untergrundkirche vorzustellen, während die offiziellen Kirchen als Kollaborateure der Staatsorgane zu bezichtigen wären.

Richtig ist, daß in allen Satellitenstaaten nach sowjetischem Vorbild staatliche Ämter für Kirchenfragen eingerichtet wurden, die ähnliche Aufgaben wahrzunehmen hatten, wie die Räte für religiöse Angelegenheiten der Kultgemeinschaften in der Sowjetunion. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen trotz grundsätzlicher gleicher Zielsetzung nicht in jedem Land nach dem gleichen Muster regeln ließ. Sehr bald kristallisierten sich in den Ostblockstaaten unterschiedliche Methoden zur Kontrolle der Kirchen und ihrer Tätigkeit heraus. Die Einflußnahme erstreckte sich z. B. auf die Wahl und Bestellung von Bischöfen, auf die Erteilung von Berufsausübungslizenzen für einzelne Pfarrer, wie es etwa in der CSSR der Fall war. Auch finanziell stoßen wir auf höchst unterschiedliche Regelungen: Während in der CSSR sämtliche Pfarrer vom Staat besoldet wurden und werden, wäre dies in Polen und in der DDR so nicht denkbar gewesen. In Ungarn hatte man

sich – auf seiten der Kirche mehr oder weniger gezwungenermaßen – vertraglich auf eine stetig abnehmende Staatssubvention geeinigt. Anders wiederum regelte man die finanziellen Verhältnisse in der Sozialistischen Republik Rumänien, wo der Staat mit etwa einem Drittel die Pfarrgehälter bezuschußte. Für diese unterschiedlichen Behandlungsweisen der kommunistischen Regierungen gegenüber den in ihrem Land befindlichen Kirchen gab es eine Reihe von Gründen. Eine Rolle spielte die zahlenmäßige Größe und Verwurzelung der Kirchen im Volksganzen. Auch hatte die jeweilige Willfährigkeit oder Spröde bzw. der Widerstand von Kirchenführern gegenüber den staatlichen Erwartungen im Blick auf geplante und immer wieder versuchte Gleichschaltungsmaßnahmen ihre Auswirkungen.

Alle Verfassungen der Ostblockstaaten erwähnen ausdrücklich die Gewissens- und Glaubensfreiheit. Was darunter im einzelnen zu verstehen war, darüber gaben konkrete Anweisungen genauere Auskunft. So lesen wir beispielweise in Artikel 30 der Verfassung der Sozialistischen Republik Rumänien in der Fassung vom 27. Dezember 1974: „Die Gewissensfreiheit ist allen Bürgern der Sozialistischen Republik Rumänien garantiert. Jedermann steht es frei, sich zu einer Religion zu bekennen oder nicht. Den religiösen Kulturen steht es zu, sich frei zu organisieren und zu betätigen. Die Art der Organisation und Betätigung der religiösen Kulte ist gesetzlich geregelt.“ Für die Einhaltung dieser Regelungen wurden in den sozialistischen Staaten staatliche Kirchenämter eingerichtet. Diese verstanden sich als „Zentralorgan der Staatsverwaltung ...“, das die Politik des Staates hinsichtlich der Organisation und der Tätigkeit der Kultgemeinschaften umzusetzen hatte“. So steht im Dekret des rumänischen Staatsrats Nr. 334 vom 13. Juli 1970 über Organisation und Funktionsweise des Kultusdepartments in Artikel 2: „Das Kultusdepartment übt die Rechte des Staates zur Überwachung und Kontrolle der vom Gesetz anerkannten Kultgemeinschaften aus“. In Artikel 4: „Das Kultusdepartment gewährleistet mit seiner Tätigkeit die Anwendung der Gesetze, Dekrete und Ministerratsbeschlüsse in seinem Zuständigkeitsbereich.“

Bei einem Vergleich der diesbezüglichen Regelungen in den sozialistischen Staaten einschließlich der Sowjetunion wird deutlich, daß überall eine ähnliche Tendenz wirksam war. Auf die Frage eines Journalisten an Ungarns Parteichef Janos Kadar anläßlich eines Italienbesuches in den siebziger Jahren, ob die sozialistischen Länder ihre Politik in kirchlichen Angelegenheiten koordinierten, antwortete er: „Ich möchte nicht behaupten, daß sie sie koordinieren, aber sie tauschen von Zeit zu Zeit ihre Erfahrungen aus, denn es geht ja um wichtige gesellschaftliche Fragen. Die sozialistischen Länder interessieren im allgemeinen die ungarischen

Erfahrungen, und wir stellen sie ihnen bereitwillig zur Verfügung, aber die Kirche berührende Fragen erledigt jedes Land selbst.“

Der Austausch zwischen den Kirchenämtern der verschiedenen sozialistischen Staaten führte verständlicherweise auch zu einem Leistungsdruck. Der polnische Minister für die religiösen Angelegenheiten, Kazimierz Kakol, sagte: „Wenn wir die Kirchen nicht vernichten können, dann wollen wir sie zumindest daran hindern, uns zu schaden. Ich schäme mich, wenn Kommunisten aus anderen Ländern mich fragen, warum so viele Polen noch immer in die Kirche gehen“.

Ein anderes Zitat aus dem gleichen Munde klingt fast wie eine Stimme aus einer inzwischen weit zurückliegenden Zeit: „Wir geben in nichts der Kirche nach. Sie hat nicht das Recht, ihren Kult sonstwo als im Umkreis des Heiligtums ... auszuüben. Aber gestatten wir nie die Verkündigung außerhalb der Kirche! Gestatten wir nie Religionsunterricht für Kinder und Jugendliche. Wir werden keinen irgendwie gearteten Einfluß der Kirche auf das kulturelle und soziale Leben dulden. Die Religion aus dem Gewissen und dem menschlichen Denken herauszureißen, ist ein verwickelter, lang andauernder Prozeß ..., selbst wenn ich als Staatsminister verpflichtet bin, zu lächeln, um Vertrauen zu wecken, als Kommunist werde ich unaufhörlich die Religion und die Kirche bekämpfen.“

Daß Kakol gerade in Polen damit vor einer fast unlösbaren Aufgabe stand, ist verständlich, hatte sich doch die römisch-katholische Kirche von Anfang an als ein Machtfaktor erwiesen, den der kommunistische Staat zu keiner Zeit außeracht lassen durfte noch konnte. Kardinal Stefan Wyszyński konnte diesen Machtfaktor Kirche bei seinen Bemühungen um einen *modus vivendi* zwischen Staat und Kirche in Polen ganz anders ins Spiel bringen, als dies etwa seine Kollegen Josef Mindszenty in Budapest oder auch Frantisek Tomasek in Prag oder auch der evangelische Bischof Otto Dibelius in Berlin konnten. Die Existenz und die Durchsetzungskraft von *Solidarnosz* und die damit verbundenen Veränderungsvorgänge in Polen sind nicht denkbar ohne die Rückendeckung durch die römisch-katholische Kirche. Nun, nachdem in Polen Veränderungen eingetreten sind, erfüllt das starke Engagement der römisch-katholischen Kirche die anderen Kirchen und Konfessionen, die in Polen kleine Minderheiten sind, bei aller Mitfreude über die erzielten positiven Wandlungen auch mit Sorge. Es war ja eine der Errungenschaften des kommunistischen Staates und seiner Gesetzgebung, daß alle Konfessionen in Polen grundsätzlich gleichgestellt wurden und dies auch durchgesetzt werden konnte. Es bestehen heute Befürchtungen, daß in einem Land ohne ökumenische Tradition und Offenheit die römisch-katholische Dominanz auch im Staat wieder die Oberhand gewinnen könnte.

### 3. Umbrüche

Damit sind wir schon in jenen Zeitabschnitt gelangt, in dem die Auswirkungen von Glasnost und Perestrojka zu unerwarteten und immer noch unabsehbaren Veränderungen im Blick auf die Gestalt der Ostblockstaaten geführt haben. Die Umbrüche und Aufbrüche haben ein atemberaubendes Tempo angenommen. Immer noch nicht voll überschaubar ist, welche Ergebnisse am Ende dieses Weges erzielt werden. Aber die Tendenzen einer Entwicklung werden schon sichtbar. Daß diese Entwicklung dann geradlinig weiterläuft, ist zur Stunde noch ungewiß. Wie weitreichend diese Veränderungen in Wirklichkeit sind, wird deutlich, wenn man sich die jeweilige Situation in den Ostblockstaaten vor Augen führt, die von vielen ihrer Bewohner als Gefängnis ohne Bewegungsfreiheit für Leib, Geist und Seele empfunden wurde.

Es ist nicht möglich die komplexen und vielschichtigen Voraussetzungen der in den letzten fünf Jahren abgelaufenen Prozesse in den verschiedenen Warschauer-Pakt-Staaten im einzelnen nachzuzeichnen. Das Tempo und das Ausmaß der Veränderungen ist in Ungarn, in der DDR, in der CSSR, in Bulgarien und besonders in Rumänien jeweils unterschiedlich verlaufen. Einige Marksteine dieser Entwicklung sollen jedoch in Erinnerung gerufen werden: Schon Mitte der sechziger Jahre zogen nonkonformistische Gruppen in der Öffentlichkeit der Sowjetunion die Aufmerksamkeit auf sich. Die administrativen Disziplinierungsmaßnahmen, die gegen die Wortführer dieser Gruppen zur Durchführung gebracht wurden, konnten doch nicht diese Stimme zum Vestummen bringen. Zu erinnern ist hier an die Intellektuellen, die als Systemkritiker in Erscheinung traten, wie etwa Andrej Sacharow. Nationale Minderheiten unterdrückter Völker, die sich gegen eine Russifizierung zur Wehr setzten und größere Freiheiten reklamierten, konnten ihr Anliegen auch über die Grenzen der Sowjetunion hinaus noch bekannt machen, wie etwa die Tataren. Religiöse Gruppierungen und Einzelpersonen zeigten großen persönlichen Mut, indem sie auf die Einschränkungen und Benachteiligungen hinwiesen, denen die religiösen Gruppen ausgesetzt waren. Nicht wenige nahmen erhebliche Risiken in Kauf, um diesen Überzeugungen im sogenannten „Samisdat“ Ausdruck zu verleihen, einer inoffiziellen, bisweilen geheimen Art der Herstellung und Verbreitung von Druckerzeugnissen.

Wenige Jahre später, Anfang der siebziger Jahre begann der KSZE-Prozeß. Nach zähen Verhandlungen kamen die Vertreter der 35 Teilnehmerstaaten überein, auch humanitäre Fragen und die Menschenrechte in ihre Überlegungen einzubeziehen. Im Jahr 1975 wurde die Schlußakte von

Helsinki verabschiedet. Im Rahmen der „menschlichen“ Dimensionen der KSZE, im sogenannten „Korb 3“ wurde auch die Religionsfreiheit thematisiert. Seitdem haben sich viele Menschen in den Unterzeichnerstaaten in ihrem Kampf für die Menschenrechte auf diese Grundlage berufen. Nicht nur in der UdSSR, sondern auch in anderen sozialistischen Staaten begannen sich Kräfte zu rühren, welche die Menschenrechte einforderten, wie etwa die Charta 77 in der CSSR. Nicht unterschätzt werden darf auch die Rolle, die der Ökumenische Rat der Kirchen mit dem seit 1983 initiierten „Konziliaren Prozeß“, gespielt hat. Erstmals seit dem 16. Jahrhundert verpflichteten sich Vertreter aller christlichen Kirchen des Kontinents, allerorten für Gerechtigkeit, Frieden und die Erhaltung der Schöpfung einzutreten. Dieser Prozeß fand im Mai 1989 mit der Europäischen Ökumenischen Versammlung von Basel seine Fortsetzung.

Es ist das Verdienst Gorbatschows, daß er mit den Stichworten Glasnost und Perestrojka Kristallisationspunkte für diese Entwicklungen zu benennen verstand. Er hat die Zeichen der Zeit erkannt. Es muß ihm bald deutlich gewesen sein, daß eine Fortsetzung des alten Weges der Auseinandersetzung, der Abschreckung durch Hochrüstung, der rücksichtslosen Ausbeutung der Ressourcen und der weiteren Belastung des Nord-Süd-Gefälles zwangsläufig zur Ausweglosigkeit für alle führen muß. Zwar sind die Risiken, die mit „Öffnung“ und „Umgestaltung“ verbunden sind, auch heute nicht voll abschätzbar. Sie sind jedoch Hoffnungszeichen für eine aussichtsreiche Überlebenschance für den Planeten Erde und seiner Bewohner. In atemberaubendem Tempo hat sich das Aussehen des „Europäischen Hauses“ in wenigen Monaten verändert. Jedoch ist auch heute ungewiß, ob dieses Experiment glücken wird und wieviele sein Scheitern erwarten oder gar erhoffen. Nicht wenige müssen ja um ihre bisherigen Privilegien fürchten und mögen sich gar in ihrer Existenz gefährdet sehen.

Für die Spannungen, die durch diesen Prozeß ausgelöst wurden, gab es eindrucksvolle Beispiele. Zu erinnern ist etwa an die Vorgänge, die im Zusammenhang mit der Amtsenthebung des Vorsitzenden des Rates für religiöse Angelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR, Konstantin Charčev, im Juni 1990 zu beobachten waren. Charčev hatte seit seinem Amtsantritt im Jahre 1984 an dem Entwurf eines neuen Religionsgesetzes für die Sowjetunion gearbeitet. Dieses sollte zu einer besseren Berücksichtigung der Anliegen der Kirche führen. Lange hatte der Eindruck bestanden, daß diese neue Kirchenpolitik im Sinne Gorbatschows war, der keinen Hehl daraus machte, daß er auf die moralische Autorität der Kirchen für sein Reformwerk nicht verzichten will. Dann kam ganz überraschend die Ablösung Charčevs durch Jurij Nikolajevič Christoradnov, der zur

alten Garde der Sowjetpartefunktionäre zu rechnen ist. Lange Zeit tappte man im Ungewissen, was die Hintergründe dieses Wechsels gewesen wären, bis Charčev selbst in einem Interview sehr offen davon sprach, daß „hohe Persönlichkeiten“ aus der Führungsmannschaft der russisch-orthodoxen Kirche sich hinter seinem Rücken beim Obersten Sowjet über ihn beklagt hätten. Auch habe es ständig Kritik seiner Kirchenpolitik bei den höchsten Gremien der Partei gegeben. Seine persönliche Überzeugung, daß Sozialismus und Kirche vereinbar seien, was auch im Entwurf des Religionsgesetzes seinen Niederschlag gefunden haben dürfte, wurde von der ideologischen Fraktion des Zentralkomitees der KPdSU offensichtlich nicht geteilt. Auch dürfte sein Vorschlag, auf den Rat für religiöse Angelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR gänzlich zu verzichten, wenig Gegenliebe gefunden haben. Die russisch-orthodoxe Kirche hat ihm vermutlich sein Eintreten für die Anerkennung der Unierten (ukrainisch-katholischen) Kirche vorgeworfen.

#### Die Russisch-Orthodoxe Kirche im Zeichen von Glasnost und Perestrojka

Am Fall Charčev wird deutlich, wie tragisch die Verflechtung im Kirche-Staat-Verhältnis eines Landes ist, das seit über siebzig Jahren die Trennung von Staat und Kirche in allen einschlägigen Gesetzen betont. Dabei ist es von außen schwer zu beurteilen, inwieweit die russisch-orthodoxe Kirche vom KGB unterwandert und bestimmt ist.

Immerhin ist inzwischen das neue Religionsgesetz verabschiedet worden, dessen Auswirkungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings noch nicht zu überschauen sind.

An einer Reihe von Ereignissen wird deutlich, daß die russisch-orthodoxe Kirche in den vergangenen Jahren einen neuen Stellenwert in der Öffentlichkeit erhalten hat: Die Milleniumsfeierlichkeiten im Jahr 1988 konnten in großer Öffentlichkeit und Aufmachung begangen werden, die Gattin Gorbatschows, Frau Raissa, nahm an der zentralen Jubiläumsveranstaltung teil. Im Jahr 1989 konnte die Errichtung des Moskauer Patriarchats vor 400 Jahren begangen werden. Auch war es möglich, eine Sitzung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen erstmals in Moskau durchzuführen. Vertreter von 310 christlichen Kirchen aus aller Welt wurden im prunkvollen Georgssaal des Kreml von Ministerpräsident Rischkov persönlich empfangen. Er bat die Versammelten, dem neuen Weg im Zeichen von Glasnost und Perestrojka in der Sowjetunion mit Sympathie und Verständnis zu begegnen und mitzuhelfen, daß die Umgestaltung gelingen möge.

Bischof Talypin Longin konnte vor kurzem berichten, daß die Zahl der zurückgegebenen Kirchengebäude von 170 im Jahr 1987 und 880 im Jahr 1988, im vergangenen Jahr auf 2 000 sprunghaft angestiegen sei. Bis Ende dieses Jahres rechnet Longin mit der Rückgabe von weiteren 2500 kirchlichen Gebäuden. Dazu kämen noch vierzig Klöster und zehn geistliche Lehranstalten. Zahlreiche der bislang als Scheunen, Kuhställe oder auch Gefängnisse genutzten Kirchen seien in einem ruinösen Zustand. Sie blieben Eigentum des Staates, müßten jedoch von den Kirchengemeinden unter strikten Auflagen renoviert werden. Überdies erhöhe der Staat seine Mietforderungen zuweilen drastisch. Für die geistlichen Lehranstalten in Leningrad sei die Miete beispielsweise von anfangs 34 000 auf 340 000 Rubel verzehnfacht worden, berichtet Longin. Longin konnte auch von neuen Freiräumen für die Kirche berichten. Während unter Stalin und seinen Nachfolgern alles kirchliche Leben auf reine Kulthandlungen beschränkt gewesen sei, dürfte heute schon wieder Religionsunterricht erteilt und die diakonische Arbeit aufgenommen werden. Die Zahl der Taufen und Trauungen habe sich seit dem Amtsantritt Gorbatschows nahezu verdreifacht. Inzwischen hat die russisch-orthodoxe Kirche auch damit begonnen, Sonntagsschulen einzuführen. Im Oktober konnte die erste Sonntagsuniversität eröffnet werden. Wie die Zeitung Rabotschaja Tribuna am 9. Oktober berichtete, haben sich mehr als 500 Studenten für die Vorlesungen eingetragen. Zu den Angeboten gehören Seminare über die Geschichte der russisch-orthodoxen Kirche, Christentum und Ökologie, Philosophie, Kunst und Denkmalspflege. Die Universität plant den Übergang zu einem vollwertigen Lehrbetrieb. Bisher sei dieses Projekt jedoch aus finanziellen Gründen nicht zu verwirklichen, da die Studenten nur eine symbolische Studiengebühr zu entrichten hätten und es ansonsten an weiteren Finanzierungshilfen fehle.<sup>2</sup>

### Andere Kirchen

Inzwischen konnte sich auch die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in der Sowjetunion etablieren. Im August vorigen Jahres wurde sie in den Lutherischen Weltbund und etwas später auch in die Konferenz Europäischer Kirchen aufgenommen. Bei der zweiten Pröpstekonferenz in Zelinograd im Juni 1990 wurde die neue Verfassung angenommen. Bischof Harald Kalnins schätzt, daß annähernd 500 Gemeinden, vor allem im asiatischen Bereich, existieren. Immer wieder werden neue Gemeindegruppen entdeckt. Auch unter den Rußlanddeutschen trauen sich erheblich mehr Menschen, unbefangen an den Gottesdiensten teilzunehmen und wei-

tere Gemeinden lassen sich registrieren. Das kirchliche Bauwesen erlebt einen erstaunlichen Aufschwung, sofern die finanziellen Voraussetzungen dafür gegeben sind. In Omsk wird der Bau einer neuen Kirche geplant.

Die Kirchen in der Sowjetunion gehören sicherlich zu den Trägern und zu den Wegbereitern der Umgestaltung. Schon im Vorfeld von Glasnost und Perestrojka tauchten Namen von Priestern und Pfarrern unterschiedlicher Konfessionen auf. Mit beachtlichem Mut gaben sie der lange unterdrückten Kritik vieler an einem in seiner ideologischen Doktrin gefangenen und erstarrten Gesellschaftssystem mit korrupten Führungsgestalten an der Spitze, die dem Sozialismus nicht einmal mehr dem Namen nach gerecht zu werden vermochte, Ausdruck. Zu nennen ist hier etwa der orthodoxe Priester Gleb Jakunin, in Ungarn der lutherische Pfarrer Zoltan Doka oder auch in Rumänien der reformierte Pfarrer Laszlo Tókés, dessen mutiges Auftreten die Revolution in Rumänien an Weihnachten 1989 auslöste. Zu erinnern ist auch an die eingesperrten oder ihrer Berufsausübungslizenz verlustig erklärten Pfarrer in der CSSR, oder an den polnischen Priester Jerzy Popielusko, den protestantischen Studenten Jan Palach in Prag oder den evangelischen Pfarrer Brüsewitz in der DDR, die durch spektakuläre Selbstverbrennungen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die unhaltbaren Zustände in ihren Heimatländern lenken wollten. Wir denken auch an die vielen anderen, die in Arbeitslagern in fernen Verbannungsorten oder psychiatrischen Kliniken isoliert wurden.

### Neue Konstellationen

Die Veränderungen in den osteuropäischen Staaten sind überall noch im Gang. Endpunkte der Entwicklung sind häufig noch nicht abzusehen. Immerhin kann dies für die verschiedenen Staaten gesagt werden: Die Staatssekretariate für Kirchenfragen, die so lange das Leben der Religionsgemeinschaften allgegenwärtig kontrolliert haben, siechen dahin oder sind bereits aufgelöst: So wurde am 30. April 1989 Staatssekretär Imre Miklos, der langjährige Leiter des staatlichen Kirchenamtes in Ungarn, in den Ruhestand versetzt, ohne einen Nachfolger zu erhalten. Noch rasanter verlief die Entwicklung in der CSFR: Nachdem Dr. Josef Hromadka, Synodalsenior der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, stellvertretender Premierminister in der neuen Regierung, gleichzeitig zuständig für Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche, in der CSFR geworden war, wurden die staatlichen Kirchensekretariate mit dem 31. Dezember 1989 aufgelöst. Schon zuvor, nämlich am 18. Dezember 1989, reiste Hromadka nach Rom und trat in Verhandlungen mit dem Vatikan über

Angelegenheiten der römisch-katholischen Kirche seines Landes (freie Bischofsernennungen, keine Arbeitsbehinderungen für Priester u. ä.). In der vorausgehenden Woche, am 13. Dezember 1989, hatte das Parlament in Prag den Artikel 178 des Strafgesetzbuches ersatzlos gestrichen, nach dem die „Verhinderung der Aufsicht über die Kirchen“ zu ahnden war.

Auch in Polen wurde das staatliche Kirchenamt nach fast vierzigjähriger Kontrolltätigkeit abgeschafft. Inzwischen sind mit den verschiedenen Kirchen Kirchenverträge abgeschlossen worden. Im Juli 1989 wurden diplomatische Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl aufgenommen. Ähnlich verliefen die Dinge in der damaligen DDR, als im Zusammenhang der Feierlichkeiten zum vierzigjährigen Bestehen der DDR Lothar de Maizière, seit 1981 Vizepräsident der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, als „Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für Kirchenfragen“ berufen wurde.

Ähnliches ereignete sich in Rumänien. Nach der erfolgten Revolution wurden die Maßnahmen des Kultusdepartments aufgehoben. In Rumänien war der Unterschied zwischen Vorher und Nachher besonders eindrucksvoll. Noch bis zum 21. Dezember 1989 hatte der Patriarch den Konducator mit superlativischen Lobeshymnen bedacht. Nach dem Umsturz bedauerte es die Heilige Synode der Rumänisch-Orthodoxen Kirche, daß einige der Bischöfe „nicht immer den Mut der Märtyrer“ gehabt hätten, um „Leiden und Schmerzen des rumänischen Volkes öffentlich anzuprangern. Nun konnte Teoctist I. auch öffentlich davon zu sprechen, daß die Lobeshymnen vom staatlichen Kirchenamt manipuliert gewesen waren und daß sein gesamter Schriftverkehr kontrolliert worden war. Während der Messe am 24. Dezember 1989 erklärte Teoctist: „In den vergangenen Jahren haben wir schockierende Augenblicke erlebt, und ich hatte nicht den Mut, den die Jugend jetzt an den Tag legte“. Man wird solche Eingeständnisse immer auch im Wissen um die außerordentliche Belastung zur Kenntnis nehmen müssen, denen Verantwortliche der Kirche ausgesetzt waren, wenn sie versuchten, für den Dienst am Menschen wenigstens einen kleinen Freiraum offen zu halten. Inzwischen sind viele Fragen nach den Hintergründen der rumänischen Revolution aufgetaucht und zum Teil nicht befriedigend beantwortet worden. Teoctist trat zurück und ist wieder im Amt. Besonders unter den Siebenbürger Sachsen ist das Mißtrauen gegenüber der Verlässlichkeit der gegenwärtigen Verhältnisse nicht abgebaut worden. Entsprechend groß sind die Auswanderungszahlen.

## Perspektiven

In einem letzten Abschnitt soll der Versuch unternommen werden, Perspektiven möglicher künftiger Entwicklungen aufzuzeigen.

a) Die Politik von Glasnost und Perestrojka hat zu politischen Veränderungen unerwarteten Ausmaßes geführt. Die Tatsache, daß Grenzen und Mauern gefallen sind, hat einen Austausch im kulturellen und geistigen Bereich bewirkt, der das Gemeinsame im Europäischen Haus in den Vordergrund treten läßt.

Diese Veränderung hat für die Religion neue Chancen erbracht. So lesen wir im epd vom 15. 10. 1990: „In der Sowjetunion wächst der Trend zur Religion. Wie die Wochenzeitung Moskowsije Nowosti in ihrer Ausgabe vom Sonntag, 14. Oktober berichtet, wurden allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 759 neue russisch-orthodoxe Gemeinden gemeldet und registriert. Außerdem kamen 268 islamische, 76 katholische und 38 Gemeinden der Baptisten hinzu. 28 Pfingstgemeinden wurden neu gebildet und die Georgisch-Orthodoxe Kirche wuchs um 26 Gemeinden. Nach dem Bericht der Zeitung wuchsen auch kleinere Religionsgemeinschaften, wie die Adventisten des Siebenten Tages (14 Anmeldungen), die Evangelische Kirche (5), die Armenische (4) und die Jüdische (4), sowie die Krishnati, Buddhisten und die Reformationskirche.“

Im ersten Halbjahr wurde mit dem Bau von 421 Gotteshäusern begonnen. 93 Kirchen wurden neuen Gemeinden vom Staat verkauft, 724 leerstehende Gebäude Gläubigen überlassen. 18 Theologische Seminare wurden während der letzten anderthalb Jahre eröffnet. Die Zahl der Klöster ist in den letzten Jahren von 18 auf 60 gestiegen.“

Freilich bringt die Öffnung in Osteuropa auch Probleme für die dort lebenden Christen. So hat der Präses des Bundes Freier Evangelischer Gemeinden in der Tschechoslowakei, Pastor Jan Urban, beklagt, daß die frühere Einmütigkeit der Gemeinden von Splitterungen und Spaltungen bedroht sei, vor allem durch die charismatische Bewegung. Bisher habe der Druck von außen durch die kommunistischen und atheistischen Machthaber die Christen zusammengehalten. Dagegen müsse man das Leben in der neuen Freiheit erst noch erlernen. Mit dem stark anwachsenden Besucherstrom aus dem Westen kämen auch fremde Lehren, Ansichten und Literatur, die in den Gemeinden Spannungen hervorriefen. Urban plädierte dafür, beim Bau des gemeinsamen Europäischen Hauses auf religiösem Gebiet die kulturellen Verschiedenheiten zu respektieren. Die osteuropäischen Christen feierten ihre Gottesdienste oft würdiger und ernster als im Westen. Dies hielten die Christen dort für gesetzlich, während ihre

freien und mit Humor gewürzten Gottesdienste im Osten als oberflächlich und weltlich erschienen.<sup>3</sup>

b) Fragen wir schließlich angesichts der Öffnung nach Osten, nach den Gestaltungsaufgaben, die vor uns liegen. Der elsässische Kirchenpräsident Michel Hoeffel stellte vor kurzem fest: „Es ist nicht unbedingt alles falsch und verkehrt in den östlichen Ländern, die während mehr als vierzig Jahren unter dem Druck marxistisch-leninistischer Regierungen standen“, denn „im Menschen nur die Produktions- und Konsummöglichkeiten zu sehen, das ist ein verkürztes Menschenbild, das wir nicht fraglos übernehmen dürfen. Ein solches Menschenbild hat sich aber in den liberalen Wirtschaftssystemen entwickelt und verbreitet und so weit entfernt vom marxistischen Menschenbild ist es auch nicht. Hier stehen wir vor der Aufgabe, die christliche Anthropologie zu entfalten und zu verbreiten ... Ich halte es für höchst notwendig zu verdeutlichen, welchen Menschen wir auf Grund unseres Bibelverständnisses wollen: ... einen Menschen, der sich als geschaffen versteht, der sein Leben als ein geschenktes Leben annimmt, der sich als verantwortlich vor Gott und verantwortlich für die Nächsten weiß, einen Menschen, der den Sinn seines Lebens an Grundwerten wie Friede, Gerechtigkeit, Solidarität, Teilen und Ehrfurcht vor dem Leben und der Schöpfung orientiert.

Ich kann deshalb die herabneigende Haltung vieler im Westen, die oftmals demütigende Barmherzigkeit, nicht bejahen. Es ist doch nicht so, als lebten wir im Westen nach einem modellhaften Menschenbild und als wäre im Osten alles falsch. Die Veränderungen im Osten fordern uns heraus, vieles auch im Westen zu verändern!“<sup>4</sup>

Schließlich stellt sich uns die Frage, welche Lernbewegungen Christen und Kirchen in Osteuropa unter den Bedingungen des Sozialismus gemacht haben. Selbstzeugnisse dazu liegen gegenwärtig vor allem aus dem Bereich der ehemaligen DDR vor; als Stichworte wären zu nennen:

- a) Bewußte Annahme des Minorisierungsprozesses,
- b) die Erkenntnis, daß die konsequente Trennung der Kirche von der staatlichen Macht der geistlichen Kraft der Kirche nicht hinderlich, sondern dienlich ist. Ist nicht diese Trennung die tägliche Gelegenheit der Kirche gewesen, der Kraft Gottes, die „in den Schwachen mächtig“ ist, zu vertrauen?
- c) Die Kirche unter den Bedingungen des Sozialismus fand zu den Anfängen einer selbstkritischen Aufarbeitung ihres Verhältnisses zur sozialen Bewegung, zur Arbeiterbewegung, zur sozialistischen Tradition.
- d) Aufgrund der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft fanden die Kirchen relativ früh zu einer sehr deutlichen friedenspolitischen Hal-

tung und bemühten sich um deren theologische Grundlegung. In ihrer besonderen Lage erwiesen sich die Kirchen als fähig, starke Impulse aus der Ökumene aufzunehmen, sei es in der Frage des Antirassismus oder im Blick auf die Solidarität mit den Armen oder hinsichtlich der ökumenischen Offenheit nach Osten.

- e) Diese Lernansätze befähigten die Kirchen dazu, im Herbst 1989 und schon zuvor eine wichtige Rolle in Umbruch und Erneuerung der Gesellschaft zu spielen. In den Friedensgebeten wurde eine ganz andere Kirche erlebbar. Sie war offen für alle. Sie bestand in einem Miteinander von politischer Information, dem Hören auf Gottes Wort und dem nachfolgenden Gebet. Die Erfahrung, daß hautnah das Leben berührender Gottesdienst und eine offene Kirche möglich sind, ist für den künftigen gemeinsamen Weg der Kirchen unverzichtbar.

Eine weitere Lernbewegung betrifft die Erfahrung der Gemeinschaft mit den osteuropäischen Minderheitskirchen, gleichfalls den Auftrag der Kirche unter den Einschränkungen des sozialistischen Staates und der sozialistischen Gesellschaft aufzuführen. Daraus ist eine besondere Nähe erwachsen. Sie waren, so beobachtet Bischof Leich, ungleich härteren Bedingungen ausgesetzt. „Sie waren materiell ärmer als wir und sie waren zugleich treuer in der Nachfolge Jesu Christi.“ Diese besondere Bindung gilt es, in die künftige europäische Gemeinschaft mit einzubringen.

- f) In der gemeinsamen Gegnerschaft gegen den Sozialismus ist eine Art ökumenischer Notgemeinschaft gewachsen. Dies hat zu beglückenden Annäherungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen mit der Römisch-Katholischen Kirche geführt.

In dem allem sind lebendige Formen geistlicher Sammlung und Gemeinschaft gewachsen. Es wird darauf ankommen, in dem künftigen gemeinsamen Europäischen Haus diese Erkenntnis lebendig zu erhalten und in die Ausgestaltung übergreifender Gemeinschaft einzubringen.

#### Anmerkungen

1 Milan Kundera, *The Tragedy of Central Europe*, 1984.

2 epd Nr. 195 vom 10. 10. 90.

3 idea 24. 9. 90.

4 Michel Hoeffel, *Die europäische Herausforderung*.

## Literatur

Hoeffel, Michel: Die Europäische Herausforderung, in diesem Jahrbuch.

Jahn, Eckebert: Wo befindet sich Osteuropa? Osteuropa V/1990.

Knall, Dieter: Staaten und Kirchen im Zeichen von Glasnost und Perestrojka, Amt und Gemeinde 5/1990.

Mahlburg, Fred: Ergebung und Widerstand, unveröffentl. Manuskript 1990.

Durch den Glauben müssen wir als Gottes Kinder und als Götter, Herrn und Könige geboren werden, gleichwie Christus in Ewigkeit vom Vater als ein wahrer Gott geboren wird; und wiederum durch die Liebe müssen wir tätig werden, dem Nächsten mit Wohltaten helfen, gleichwie Christus Mensch geworden ist, um uns allen zu helfen. Und gleichwie Christus es sich nicht zuvor durch Werke verdient oder durch sein Menschwerden erworben hat, daß Er Gott ist, sondern es von Geburt, ohne alle Werke und zuvor hat, ehe er Mensch wurde; ebenso haben wir auch die Kindschaft Gottes, daß uns die Sünden vergeben werden, Tod und Hölle uns nicht schaden können, nicht durch Werke oder Liebe verdient, sondern ohne Werke und vor der Liebe, durch den Glauben an das Evangelium aus Gnade empfangen. Und wie Christus zuallererst, nachdem Er ewig Gott ist, Mensch geworden ist, um uns zu dienen, so tun wir auch hernach gut und lieben den Nächsten, wenn wir zuvor schon durch den Glauben gut, ohne Sünde, lebendig, selig und Gottes Kinder geworden sind.

Martin Luther